



Soziale Strukturen erhalten und ausgebaut.

Wir wollten die sozialen Hilfesysteme nicht nur erhalten, sondern ausbauen. |Seite 02| SÖS und LINKE

Werkrealschule: Probleme müssen gelöst werden

– aber eine wirkliche Bildungs-Chance für alle SchülerInnen sieht anders aus. |Seite 07| Bürgerinitiativen



Das war kein Baubeginn! |Seite 04|

Gesparte Zukunft oder darf man so einem Haushalt zustimmen?



Hannes Rockenbauch (SÖS)
Fraktionsvorsitzender der
Fraktionsgemeinschaft
SÖS und LINKE

Natürlich nicht! Fünf Jahre lang ließ sich für mich als Einzelstadtrat diese Frage immer ganz einfach beantworten. Und genauso fühlte ich auch noch eine halbe Stunde vor der finalen Abstimmung zum Doppelhaushalt 2010/11.

„Wir können uns diese ganze Sparerei eigentlich sparen!“

Um zu verstehen, wie sich das in nur einer halben Stunde ändern konnte, fange ich am besten von vorne an.

Für die frisch gebackene Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE, die sich mit über 60 Anträgen in die Beratungen stürzte, machte ich gleich zu Beginn in meiner Haushaltrede klar: Wir können uns diese ganze Sparerei eigentlich sparen! Das Ende von Stuttgart 21 hätte uns nicht nur jährliche Ausgaben von 6,9 Mio. Euro gespart, sondern auch auf einen Schlag 200 Mio. Euro Rücklagen und mindestens 600 Mio. Euro aus der

Rückabwicklung der Grundstücksverkäufe in den Stadtsäckel gespült. Millionen würde das von uns beantragte Ende des Rosensteintunnels bringen. Die von Banken, Industrie und ihren politischen Statthaltern in CDU, SPD und FDP herbeigeführte Krise darf nicht auf dem Rücken der Bevölkerung abgewälzt werden. Wir wollen gerade in der Krise antizyklisch in Kultur, Bildung, Daseinsvorsorge und in einen ökologischen Stadtumbau investieren. Um uns das auch leisten zu können, waren wir bereit, die Einnahmenseite durch eine moderate Erhöhungen der Gewerbe- und Grundsteuer zu verbessern.

Erste Lesung – erste Lektion

> In der ersten Lesung wurde schnell klar, der „Schwarze Block“ (CDU, FDP, Freie Wähler) würde versuchen, die von ihm verursachte Krise einfach wegzusparen. CDU-Finanzbürgermeister Föll hatte die Vorlagen dazu bereits geschrieben. 10% Einsparung über alle Bereiche und Ämter sollten 50 Mio. einbringen. Weitere 25 Mio. Euro sollten über Gebührenerhöhungen und über eine Grundsteuererhöhung erwirtschaftet werden.

Das war nicht anders zu erwarten gewesen. Enttäuschend war aber, dass sich der ganze Ehrgeiz von SPD und GRÜNEN schnell darauf beschränkte, bei Kultur und Sozialem nicht ganz so viel zu sparen.

Zweite Lesung – zweite Lektion

> Während der zweiten Lesung hatten wir uns dann fraktionsintern geeinigt: wenn unser weiterführender Antrag auf einen sozialen Bürgerhaushalt nicht durchkommt, werden wir versuchen, mit SPD und GRÜNEN die Sparwut der Schwarzen zu bremsen. Durch die neue Konstellation haben GRÜNE, SPD, SÖS und LINKE eine Stimmenmehrheit. Mit ihren 31 Stimmen könnte der Kahlschlag bei Kultur und Sozialem verhindert werden. Und so hatten wir in der Tat nach der zweiten Lesung zwar keinen guten Haushalt, aber einen, der besser war als der von OB Schuster und der CDU. SÖS und LINKE stimmten zu, dass 40 Mio. Euro in den Kita-Ausbau und 100 Mio. Euro in Schulsanierung gesteckt werden. Auch mehr Geld für Kinderschutz, Radverkehr, und Energiecontracting, und der Zuschuss von |Seite 02|

!von Seite 1| 5 Mio. Euro um die Kinderambulanz am Olgäle zu retten, schienen mit unserer Hilfe möglich. Nur drei Tage vor der dritten Lesung führte der „Schwarze Block“ dagegen schwere Geschütze auf.

Dritte Lesung – dritte Lektion

> Der Regierungspräsident Johannes Schmalzel bestätigte seinem Parteifreund Schuster, dass auf Grund der mangelnden Haushaltsdisziplin der neuen Mehrheit der Haushalt nicht genehmigungsfähig sein wird. Das Ganze garnierte Finanzbürgermeister Föll gleich mit einer neuen Vorlage: Rücknahme aller Beschlüsse der neuen Mehrheit, Grundsteuer-Erhöhung auf 490 Punkte und eine globale Minderausgabe für 2011 von 6 Mio. Euro durch Personalabbau. So sollten weitere 40 Mio. Euro eingespart werden.

Konfusion, Sackgasse - Notausgang

> Jetzt musste alles ganz schnell gehen. Klar war, dass sich die neue Mehrheit dies nicht gefallen lassen konnte. Unterschiedlich waren nur die Strategien. Mit unserem Vorschlag einer moderaten Gewerbesteuer-Erhöhung hätten wir mehr als die fehlenden 40 Mio. Euro in zwei Jahren wieder drin gehabt. Leider schien es GRÜNEN und SPD opportuner, die eigenen Beschlüsse noch mal um 6 Mio. Euro zu kürzen und die Grundsteuer auf 520 Punkte zu erhöhen. Mit diesem Vorschlag von GRÜNEN und SPD ging es dann in die dritte Lesung. Kurz vor dem Ende dieses 12-stündigen Sitzungsmarathons stand für uns fest, diesen Kompromiss-Haushalt 2010/11 lehnen wir in der Abschlussabstimmung ab. Dann geschah für uns etwas Unerwartetes. Es deutete sich an, dass wir

uns mit unserer Ablehnung plötzlich in einer Allianz mit dem „Schwarzen Block“ befinden würden. Sie begründeten ihre Ablehnung freilich damit, dass Ihnen bei Kultur und Sozialen zu wenig gespart wurde. Nach über 2 Monaten Beratung mussten wir nun innerhalb von Minuten abwägen zwischen dem konkret Erreichten, das mit unserer Ablehnung plötzlich auf dem Spiel stand, und zwischen unserer grundsätzlichen Ablehnung eines Sparhaushalts. Wir standen vor zwei Übeln, eine klassisch parlamentarische Sackgasse. Unsere Entscheidung ist bekannt. Ohne unsere Zustimmung hätte es in Stuttgart keinen neuen Haushalt gegeben und der alte CDU-Haushalt hätte bis zur erneuten Einigung weiter gegolten. Aus dieser Situation heraus sprach nichts dafür, dass zur Neuverhandlung des Haushaltes unsere alternativen Anträge plötzlich mehrheitsfähig sein könnten. Dass es für einen echten ökologischen und sozialen Haushalt nicht gereicht hat, lag nicht am Geld, es fehlte allein an den Mehrheiten.

Konsequenzen

> Dieser Haushalt findet weder auf die sozialen Probleme, die Wirtschaftskrise noch auf die Klimakatastrophe ernsthafte Antworten. Diese Haushaltsberatungen sind für uns als jüngste Fraktion im Stuttgarter Gemeinderat eine Lektion, die wir nicht vergessen werden. Dass unser Antrag „Bürgerhaushalt vorbereiten“ von keiner Fraktion unterstützt wurde, ist zwar ein Skandal, aber auch zu gleich ein Auftrag für uns, alle Initiativen zu unterstützen, die für mehr Demokratie und Nachhaltigkeit in unserer Stadt kämpfen. Denn wir haben gelernt, dass die Zukunft darin liegt, dass die Stuttgarterinnen und Stuttgarter ihren Haushalt selbst bestimmen. |hr|

Einwurf eines SÖS-Aktiven

SÖS und LINKE hatten nicht erwartet, Zünglein an der Waage bei den Haushaltsberatungen zu sein. Plötzlich sind wir wichtig, mit fünf Gemeinderäten ein politischer Faktor. Ohne unsere Zustimmung wäre kein Haushalt zustande gekommen, oder sogar das volle Sparprogramm der Schwarzen durchgekommen. Das wollten unsere Gemeinderäte nicht verantworten. Sie stimmten einem kleineren Übel zu. Warum eigentlich? Die Wirtschaftskrise und die hausgemachte Misswirtschaft von CDU, SPD, FDP und Freie Wähler haben die Stadt in diese Lage gebracht: bei der LBBW Milliarden versenkt, bei Cross Boarder Leasing Millionen kaputt gemacht, hunderte Millionen bei S 21 – dafür müssten Schuster und Föll eigentlich zurücktreten. Stattdessen wälzen sie die Krisenfolgen auf die Bevölkerung ab – das macht auch der neue Haushalt, nur in abgemilderter Form.

„Wir haben Schlimmeres verhindert“, sagen unsere Gemeinderäte.

Ok – aber für diejenigen, die jetzt dadurch ihren Job verlieren oder die Gelder für ihr Projekt, ist das kein Trost.

Ein gescheiterter Haushalt wäre ein Offenbarungseid für die Bürgerlichen gewesen. Natürlich hätten sie dann die Schuld den „Fundamentalverweigerern“ von SÖS und LINKE gegeben. Und die Zeitungen hätten in ihr Horn geblasen. Aber die Stuttgarter Bevölkerung ist klug, das zeigt Stuttgart 21. Mit Protesten hätte sie nochmals in die Haushaltsentscheidungen eingreifen können.

Haben wir eine Chance vertan oder war diese Realpolitik richtig?

SÖS und LINKE diskutieren heftig über diese Lehrstunde in parlamentarischen Sachzwängen. |hp|

Soziale Strukturen erhalten und ausgebaut



Ulrike Küstler (DIE LINKE)
stellv. Fraktionsvorsitzende
der Fraktionsgemeinschaft
SÖS und LINKE

Wir wollten die sozialen Hilfesysteme nicht nur erhalten, sondern ausbauen. Da gab es alles, Misserfolge, Kompromisse und Erfolge: Der Betrag für die FamilienCard wurde gekürzt von 90 € auf 60 € im Jahr. Den erhöhten Zuschuss zur Monatskarte SSB für BonusCard-InhaberInnen konnten wir nicht durchsetzen. Die Kita-Gebühr wurde gegen unsere Stimmen erhöht. Aber wir hatten Erfolg mit der Forderung: Keine Kürzungen beim Jugendamt

und Gesundheitsamt. Zudem kamen unsere Forderungen zum Kinderschutz, für die frühe Förderung von Familien, zum allgemeinen Sozialdienst, für die Betreuung in den Fürsorgeunterkünften, für Integrationsdienste, für Sucht- und Drogenhilfe, für die Mütterheime und Frauenhäuser etc. ganz oder teilweise durch. Wir haben auch erfolgreich die Entschuldung der Volkshochschule gefordert. Auch Kleinigkeiten tun gut: Wir haben durchgesetzt, dass Schulklassen keinen Eintritt zahlen müssen, wenn sie bei schönem Wetter ins Freibad statt ins Hallenbad wollen. Wir wünschen allen Kindern einen schönen Sommer!

Vorausschauende Politik

+ Darf man in der Krise nur ans Sparen denken? Keinesfalls! Gerade in der schwierigen Haushaltslage muss sorgfältig bedacht werden, welche Aufgaben sich für die Zukunft stellen. SÖS und LINKE haben daher Anträge gestellt mit dem Ziel, dass Zukunftskonzepte entwickelt werden. Beispiel Kita- und Jugendbereich. Im Wahlkampf sprachen sich alle Parteien für kostenlose Kitas aus. Wir haben beantragt, ein Konzept zu entwickeln, wie das in den nächsten Jahren erreicht wird. Beispiel Mittagessen für Kinder. Wir wollen eine qualifizierte |Seite 3|

! von Seite 2! Schulkindbetreuung durch Fachpersonal, und wir wollen ein Konzept, mit dem an allen Schulen die Kinder ein Mittagessen bekommen können, und zwar kostenlos, zuerst für die Armen und schließlich für alle. Beispiel Weiterentwicklung der Netze gegen Kinderarmut.

„Wir wollen ein Konzept, mit dem an allen Schulen die Kinder ein Mittagessen bekommen können, und zwar kostenlos.“

Das Konzept muss dieses Jahr überprüft werden. Beispiel Flüchtlingspolitik: Durch die internationalen Kriege steigt

die Flüchtlingszahl wieder. Wir haben beantragt, dass eine neue Flüchtlingskonzeption erarbeitet wird. Von den anderen Fraktionen gab es dafür keine Unterstützung – aber wir bleiben dran. Und wir werden auch weiterhin ein wachsameres Auge auf neofaschistische Umtriebe haben.

Ein mühsam errungener Erfolg

+ Für zwei soziale Errungenschaften lässt sich die Stadt derzeit in der Presse feiern: die Ambulanz der Malteser für Menschen ohne Versicherung und das Medmobil, das Obdachlose im Winternotquartier, in Tagesstätten und in Stra-

ßentreffs aufsucht und medizinische Hilfe leistet. Beide Einrichtungen sind nicht von der Stadt initiiert worden. Das Thema „Illegale“ (Menschen ohne Aufenthaltspapiere) hat Ulrike Küstler schon im Sommer 2006 im Stadtrat eingebracht und im Februar 2007 eine Akutversorgung für kranke Menschen ohne Versicherung beantragt und immer wieder nachgehakt. Die Stadtverwaltung wollte das Thema aber nicht öffentlich behandeln. Die Malteser-Ambulanz wird durch eine katholische Spende finanziert, das Medmobil durch eine großzügige Erbschaft an die Stadt, beides nur befristet auf drei Jahre. |ulkl|

Neu im Gemeinderat



Maria-Lina Kotelmann (SÖS)

Stadträtin SÖS und LINKE

Tel.: 0711 216-1528

Mail: maria-lina.kotelmann@stuttgart.de

- Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen
- Sportausschuss
- Aufsichtsrat der Objektgesellschaft Schleierhalle und Neue Arena
- Aufsichtsrat der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft
- Beirat für Gleichstellungsfragen
- Personalbeirat

Feinstaub grün anmalen?

Erst wollte das Regierungspräsidium (RP) dem Feinstaub am Neckartor mit dem Staubsauger zu Leibe rücken, dann mit Nasswischen und jetzt mit einer Feinstaubhaftercreme (Calcium-Magnesium-Acetat). Jeder weiß jetzt schon, dass das für die Katz ist. Es ist nicht nur ärgerlich, dass das RP gerichtlich gezwungen werden muss, die Gesundheit der Einwohner zu schützen; es macht sich auch noch in hohem Maß lächerlich. Die KollegInnen der GRÜNEN und SPD sahen es genauso, auch die Verwaltung. Mal sehen, was das RP als Nächstes vorschlägt. Grün anmalen? |stoj|

Kein Schmusekurs mit Mister S21

Stuttgart21 Projektsprecher Wolfgang Drexler zu Gast im Bezirksbeirat Mitte

Interview mit SÖS-Bezirksbeirat Waldemar Eistermeier geführt von Christine Pfisterer.

Christine Pfisterer: Wie ist diese Einladung von Herrn Drexler in den Bezirksbeirat zustande gekommen?

Waldemar Eistermeier: Die Einladung geht noch auf einen Beschluss des alten Bezirksbeirates vor den Kommunalwahlen zurück. Eine Ausladung, die ich persönlich anstrebte, weil ich der Meinung war, dass Drexler für das Thema nicht kompetent ist und mit der Befragung ja de facto anerkannt würde, dass die Bauarbeiten für S21 unwiderruflich beginnen, war nicht mehr möglich, da hierfür ein neuer Bezirksbeiratsbeschluss mit entsprechender Mehrheit nötig gewesen wäre.

Welche Fragen hast Du gestellt?

Ich habe gefragt, ob für den Landtags-Vizepräsident und führenden SPD-Politiker Drexler die ca. 75% Stuttgarter Bürgermehrheit gegen S21 keine Bedeutung habe. Warum er und Frau Alice Kaiser sich „Bürgerbeauftragte“ nennen lassen,

obwohl sie nicht von einem einzigen Bürger ernannt wurden. Dann habe ich nach den ca. 4000 Billigarbeitern für S21 aus den Ostblockländern gefragt.

Er sagt doch immer, für die Stuttgarter würden tausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Wie hat er sich zu den Billigarbeitern geäußert?

Dass er davon nichts wisse. Auf meine Fragen zu den Kosten für diese Arbeiter und wo bzw. wie hoch diese im Projekt ausgewiesen sind, hatte er keine Antwort, auch nicht über tarifliche oder Dumpinglöhne bzw. Unterbringung der Bauarbeiter und Kosten.

Es waren noch andere Bezirksbeiräte da. Wie haben die sich geäußert?

Rita Krattenmacher, ebenfalls Bezirksbeirätin für SÖS Mitte, stellte die hochinteressante Frage, wie es sich mit den ca. 3500 Pfählen verhält, die in der ganzen Baustellenumgebung (Schulen etc.) mit Riesendonnerschlägen in die Erde gerammt werden, und zwar 125 Schläge je Pfahl und wie dabei über Monate hinweg ein ordentlicher Unterricht gehalten

werden könne. Frau Kaiser meinte, sie würde da mal nachsehen.

Ja, da ist ja noch die Frau Alice Kaiser.

Ich persönlich halte Frau Kaiser für eine reine Vollzugsbeamtin von Herrn Drexler und den S21-Planern. Dass sie wichtige Beschwerden der Bürger weitergeben wird, darf angenommen werden, was dabei herauskommt ist eine andere Frage.

Welchen Eindruck machte Drexler und was war der Tenor seiner Antworten?

Auf viele Fragen wusste er keine Antwort, auf andere lavierte er wortgewandt. Im Übrigen beteuerte er, dass er sich über alle Fragen informieren werde und dass er die Sorgen der Bürger ernst nehme. Er kam auch auf uns zu und verabschiedete sich per Handgabe. Ein Anlass zu Schmuseverhalten darf das nicht sein. Weshalb ich ihm auch sagte, dass ich mich als entschiedener Gegner zu ihm und S21 sehe - nicht aber als Feind. |cp|

Das war kein Baubeginn!

Warum Stuttgart 21 noch verhindert werden kann



Gangolf Stocker (SÖS)
Stadtrat SÖS und LINKE
und Sprecher der Initiative
„Leben in Stuttgart“

Können wir denn das noch verhindern? Das ist die wohl in letzter Zeit am häufigsten gestellte Frage. Und die einfache Antwort darauf heißt: Ja, weil wir es nicht wollen. Weil 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung Stuttgarts und fast 60 Prozent der Bevölkerung Baden-Württemberg es nicht wollen. Und dies auch zeigen.

* Ich habe am 29. Januar 2010 anlässlich der Großdemonstration vor fast 10.000 Menschen dem Bahnchef Grube hinterher gerufen „Das halten Sie nicht durch!“ Und so ist es. Man kann eine Messe weit ab vom Alltag der Bevölkerung auf fruchtbaren Äckern bauen, man kann eine Schnellstraße an einem Dorf vorbei bauen, aber man kann nicht mittendrin im „alten“ Herzen einer Großstadt und damit mitten im Alltag der Menschen und gegen deren erklärten Willen eine Großbaustelle über mehr als 15 Jahre aufmachen. Das halten die nicht durch.

* Die Montagdemos sind das eine, mächtige Mittel, um den Verantwort-

lichen zu zeigen, dass der Widerstand wächst und nicht nachlässt. Und sie müssen wachsen, die Montagdemos. Es ist allein die Zahl der DemonstrantInnen, die der Politik – und um die geht es, nicht um die Bahn – so langsam die Lust an Stuttgart 21 nimmt. Denn im April nächsten Jahres sind Landtagswahlen. Ein neuer Ministerpräsident Mappus, der zum Auftakt gleich eine Landtagswahl verliert, kann dann nur noch nach Brüssel abgeschoben werden. Oder zur Rothaus-Brauerei. Von der SPD wollen wir in diesem Zusammenhang erst gar nicht reden. Die Landtagswahl ist also das nächste, mächtige Drohpotential.



Foto: Roland Hägele

* Jeder Baum, der im mittleren Schlossgarten fällt, jeder Stein, der aus den Bahnhofsflügeln herausgerissen wird,

kostet die SPD und die CDU tausende von Stimmen. Jedes Versprechen der Landesregierung und der Bahn für Investitionen in die baden-württembergische Schieneninfrastruktur, zum Beispiel in die Elektrifizierung der Südbahn, in das zweite Gleis zwischen Horb und Tuttlingen, in den Lärmschutz zwischen Offenburg und Basel, jedes dieser Versprechen, das wegen Stuttgart 21 platzt, kostet nochmals tausende von Stimmen bei der Landtagswahl.

* Mit jedem Tag, der den tatsächlichen Baubeginn (Prellböcke anzuheben gehört nicht dazu!) näher bringt, wächst die Wut. Von den 14 Bauabschnitten, die Stuttgart 21 und die Neubaustrecke umfassen, sind gerade mal sieben planfest gestellt. Alles andere steht in den Sternen, die Kosten, deren Finanzierung. Und da wollen die mit dem Bau beginnen! Das ist Erpressung und Nötigung der SteuerzahlerInnen. Deshalb: Die Wut wächst. Und das halten die nicht durch.

* Der Widerstand wird wieder zur Bewegung werden. Ich war eben eine halbe Stunde spazieren. Drei SpaziergängerInnen hatten den Button „Oben bleiben“ angesteckt. Mit mir waren es vier. Ein schönes Gefühl, nicht alleine zu sein. |sto|

Stuttgart 21 und der Flughafenbahnhof



Steffen Siegel
Schutzgemeinschaft
Filder

1. Bis heute ist der nach dem Hauptbahnhof schwierigste Abschnitt von Stuttgart 21, nämlich der Bereich „Messe, Flughafen, Filderbahnhof“, völlig in der Schwebe. Die Unklarheiten in diesem Abschnitt sind so groß, dass dort bis heute keine - zwingend vorgeschriebene - öffentliche Erörterung der Planung stattgefunden hat. Damit liegt erst recht kein gültiger Planfeststellungsbeschluss vor, der Voraussetzung für einen Baubeginn ist.

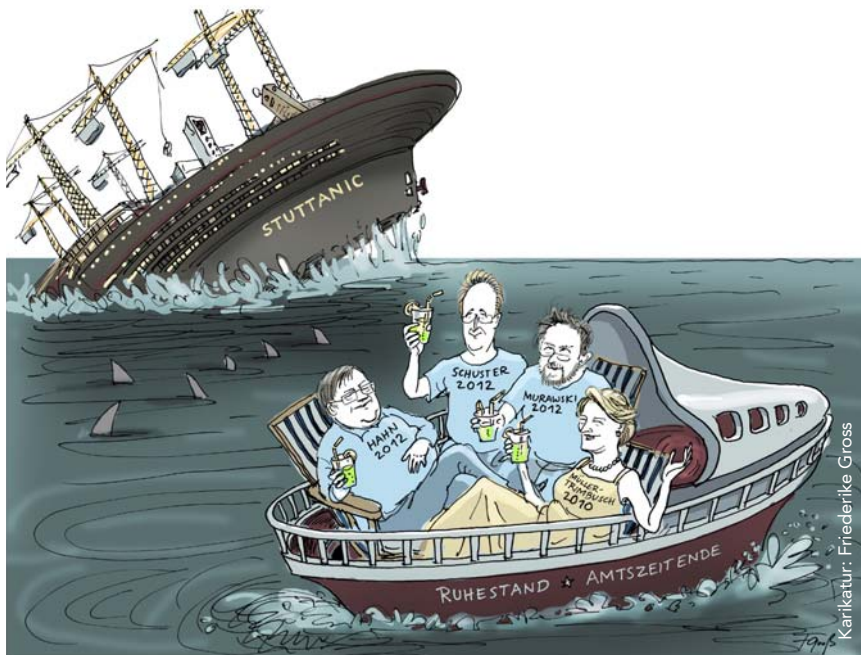
2. Die Stuttgart 21 Planungen sehen auf den Fildern zwei Bahnhöfe unter der laufenden Messe vor. Einen für die ICE Züge und einen für die

Regional- und Schnellbahnzüge, der in die bereits bestehende S-Bahn-Station Flughafen integriert werden soll. Dabei müssten die Bahnsteige für die Regionalzüge deutlich abgesenkt werden. Diese Kombination ist gesetzlich nicht zulässig. Das Bundesverkehrsministerium widersprach daher im Oktober 2007 den Planungen. Seither ruht das Verfahren. Die Bahn hofft auf eine Ausnahmegenehmigung, andernfalls wäre ein zusätzlicher Tunnel für geschätzte 100 Mio. Euro erforderlich.

3. Bereits im Sommer 2008 hat die Flughafen Stuttgart GmbH 112,2 Mio. Euro direkt an die Bahn für Stuttgart 21 überwiesen - ohne Zweckbindung, ohne Risikoabsicherung. Soviel erwirtschaftete der Flughafen aber nicht, also musste er ein Kredit aufnehmen. Als Folge davon erhalten die umliegenden Kommunen keine Gewerbesteuer mehr vom Flughafen. Die Kommunen zahlen also auch über diesen Umweg Stuttgart 21 mit. Ein Bahn-Sprecher sagte zu diesen Flughafenmillionen: „Sonst wäre

Stuttgart 21 nicht wirtschaftlich“. Die Stadträte und die Landtagsabgeordneten wurden zu dieser Geldverschiebung nicht gefragt, obwohl Stadt und Land die Gesellschafter des Unternehmens „Flughafen Stuttgart GmbH“ sind, das Land Baden-Württemberg mit 65% und die Stadt Stuttgart mit 35%. Insgesamt, so steht es auf der Homepage des Flughafens, wolle er sich an Stuttgart 21 sogar mit 359 Millionen Euro beteiligen. Dagegen behaupten OB Schuster und die Bahn in ihren Kostenkalkulationen auch heute noch, dass sich der Flughafen mit genau 107,8 Millionen Euro an Stuttgart 21 beteiligt. Das ist absurdes Theater, um Kosten zu verschleiern.

4. Warum beteiligt sich der Flughafen überhaupt an den Kosten für Stuttgart 21? Der Flughafen sagt: Wenn die Filderbahnhöfe kommen, dann wird eine große Zahl von Fluggästen zusätzlich von Stuttgart aus fliegen. Der Filderbahnhof brächte bis zu 1,5 Millionen mehr Flugpassagiere pro Jahr und dafür zahle er gern viel Geld. |Seite 5|



Ivon Seite 4| OB Schuster behauptet, dass Stuttgart 21 ein ökologisches Projekt ist, durch das Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert wird. Hier soll die Bahn Zubringer zum Flugzeug werden. Dabei wissen alle, dass das Fliegen um ein Vielfaches klimaschädlicher ist als das Bahnfahren.

5 Den Regierenden geht es vorrangig darum, wieder Wachstum zu entfachen, egal welches und egal wie. Dies wollen sie bereits nächstes Jahr anpacken, mit dem Graben eines Tunnels vom Zentrum Stuttgarts hinauf auf die Filder. Am anderen Ende des Tunnels

ist allerdings nicht klar, ob und wie es weiter geht, ob die Bahnhöfe unter der Messe technisch überhaupt möglich sind, wie viel teurer alles wird und wo das Geld herkommt. Es ist unklar, wie ein notwendiges Planfeststellungsverfahren ausgeht, wer dagegen klagt usw. Unabhängig davon, ob man für oder gegen Stuttgart 21 ist -verantwortliches Handeln sieht anders aus. |Steffen Siegel|

Steffen Siegel ist Vorsitzender der Schutzgemeinschaft Filder, die unter anderem erfolgreich die zweite Startbahn am Stuttgarter Flughafen verhindert hat.

Gleisanlagen = Schandfleck?

Das Bahnchef Grube keine Ahnung von Stuttgart 21 hat – geschenkt. Dafür hat er ja seinen Berater Mister Stuttgart 21, Wolfgang Drexler. Dazu noch die Politiker, die exzellente Bahnkennner sind, wie Oettinger („Hüttenkrusch“) oder Schuster („Gleisgewurstel“). Wenn aber Grube anlässlich eines Empfangs der CDU Wirtschaftsunion das Gleisvorfeld des Stuttgarter Hauptbahnhofs als „hässlichen Schandfleck“ bezeichnet, dann kommen einem doch Zweifel, ob der Mann am rechten

Platz ist. Weil die Eisenbahn halt auf Schienen fährt und Weichen braucht, halt eben so ein Gleisvorfeld. Die Stuttgarter, die im Talkessel wohnen oder arbeiten, werden sich noch wundern, wenn dieses Gleisvorfeld mal zugebaut ist. Vergessen wir mal Feinstaub, CO₂ und NO_x, deren tägliche Überschreitung der Höchstwerte massiv die Gesundheit der Einwohner gefährdet und während der Bauzeit ungeahnte Rekordwerte erreichen werden – der für den Talkessel enorm wichtige Luftaustausch hin zum Neckar käme völlig zum Erliegen. Dann dampft der Kessel wortwörtlich. |sto|

SPD rettet CDU

Letzten Sommer war die CDU doch in einem fürchterlichen Dilemma. Würde die SPD umfallen und mit den GRÜNEN und SÖS und LINKE für einen Bürgerentscheid stimmen? Was machen wir dann, fragten sich besorgt die CDU-Obernen. Denn es war ihnen nicht entgangen, dass auch viele CDU-WählerInnen einen Bürgerentscheid wollten. Je nun, auch die Loyalität zum

„Kein Kompromiss“

Danke, Herr Drexler, für diese Lektion in Sachen Demokratie

Wann gab es schon so eine breite und fundierte Protestbewegung wie gegen Stuttgart 21?

- 67 000 Protestunterschriften wurden gesammelt. In allen Umfragen sind 60-70% der Bürger gegen S21.
- Ein Durchhaltevermögen seit Jahren – jetzt jeden Montag rund 3000 Demonstranten.
- Experten aus vielen Bereichen, Architekten, Eisenbahnfachleute, Geologen beweisen – S21 ist wissenschaftlich nicht haltbar.
- Die Finanzierungslügen sind alle aufgefliegen, der Bundesrechnungshof schloss sich der Kritik an.
- Politiker und Fraktionen der GRÜNEN, LINKEN und SÖS aus dem Bundestag, Landtag und Gemeinderat haben sich dem Protest angeschlossen, Stuttgarter SPD-Ortsvereine sind dagegen.
- Bei der Kommunalwahl und Bundestagswahl wurden die S21 Parteien abgestraft.
- Der DGB und Stuttgarts Künstler haben sich dem Protest angeschlossen.
- Die Protestbewegung bleibt nicht bei der Ablehnung stehen, sondern hat mit K21 die bessere Alternative.

Und dennoch: S21 soll gegen das Volk durchgesetzt werden. Herr Drexler stellt klar: „Deeskalation hieße, Vorschläge der Gegenseite zu akzeptieren. Wir können aber keinen Kompromiss anbieten. Das ist bei diesem Bauwerk nicht mehr möglich.“ Offene Worte, wir bestimmen, ihr habt zu gehorchen. Der StZ-Journalist Stefan Geiger stellte richtig fest, dass „die staatlich organisierte Politik zur Lachnummer einer nicht mehr zu bändigenden Wirtschaft wird“ (StZ 29.12.07). Es ist also nicht nur die Frage: S21 oder K21. Die Stuttgarter zeigen gerade wie noch nie ihre politische Mündigkeit: sie akzeptieren nicht ein System, in dem das Volk nur seine Stimme bei Wahlen „abgeben“ darf und sich dann den Kapitalinteressen unterordnet. Der Protest gegen S 21 ist gelebte Demokratie und muss gerade deshalb weitergehen. |hp|



Arbeitsplätze, Autos und Ökologie



Thomas Adler (DIE LINKE)
Stadtrat SÖS und LINKE und
Betriebsrat im Daimler-Werk
Untertürkheim

Die Weltwirtschaftskrise ist noch längst nicht beendet. Die Überproduktionskrise der Autoindustrie mit ihren 25% Überkapazitäten ist, neben der Finanzkrise, eine ihrer Ursachen. Gleichzeitig hat die Krisenentwicklung den Fahrzeugabsatz weiter einbrechen lassen.

Der Fahrzeug-, und damit verbundene Maschinen- und Anlagenbau sind die Schlüsselindustrie für Stuttgart und die Region. Sie umfassen ca. 65% der gesamten Wirtschaftsleistung. Die starken Produktionseinbrüche haben gravierende Folgen für die Beschäftigten. Peter Karcher, Bezirksbeirat Süd SÖS und LINKE, hat darüber mit Tom Adler, Mitglied des Betriebsrats im Daimler-Werk Untertürkheim und Stadtrat SÖS und LINKE gesprochen.

Peter Karcher: Was haben die Aktionen der Daimler-KollegInnen in Sindelfingen und in Untertürkheim im Dezember 2009 ausgelöst?

Tom Adler: Der Daimler-Vorstand hat schon im September 2009 angekündigt, dass möglicherweise die Produktion der C-Klasse aus Sindelfingen abgezogen wird. Für den europäischen Markt nach Bremen, für Asien nach China und für den amerikanischen Kontinent in die USA. Damit wären 3000 Arbeitsplätze im Sindelfinger Werk plus rund 2000 Arbeitsplätze der Zulieferbetriebe in der Region verschwunden. Auch das Werk Untertürkheim ist ja gewissermaßen Zulieferer für Sindelfingen. Klar, dass sich da in diesen 3 Monaten eine immer gespanntere Atmosphäre aufgebaut hat, zumal der Verdacht der Kollegen nicht von der Hand zu weisen ist: „Erst kommt die C-Klasse, dann die E- und S-Klasse“.

„Selten war die
Kampfbereitschaft der
Daimler-Belegschaften
so hoch.“

Als der Daimler-Vorstand die Verlagerung dann tatsächlich beschlossen hat, ging es im Daimler-Werk ja so heftig zur Sache, dass die Presse meinte, schon vor „französischen Verhältnissen“ warnen zu müssen. Wieso eigentlich?

Da ist sehr schnell eine spontane Protestbewegung in Gang gekommen. Die Kollegen an den Montagebändern haben die Arbeit hingeschmissen und sind in einem ständig wachsenden Demo-Zug durch die Hallen marschiert. Ungefragt, ungenehmigt, spontan, wütend, genau wie die S21-Montagsdemonstranten. Das

lief dann die ganze Woche so: Demos und Versammlungen im Betrieb, Kundengruppen vor dem Tor, Demos durch die Stadt mit riesiger Sympathie der Bevölkerung für die Parole „C-Klasse bleibt!“. Die Jungs und Mädels in Sindelfingen haben jedenfalls in der Woche kaum ein Auto gebaut. Entsprechend kam es dann z.B. in der Stuttgarter Zeitung rüber: „Sindelfingen außer Kontrolle“. Und der Funke ist auch schnell nach Untertürkheim und Mettingen übersprungen. Solche Situationen setzen immer viel Kreativität frei, da wartet keiner mehr, ob ihm eine Mütze aufgesetzt und eine Trillerpfeife in den Mund gesteckt wird. Das macht Mut für künftige Auseinandersetzungen.

SÖS und LINKE machen im Gemeinderat Politik für eine Stadt mit 50% weniger Autoverkehr und gegen die einseitige Abhängigkeit der Region von der Autoproduktion. Wie passt das zusammen mit eurer Unterstützung für die Sindelfinger und ihre Parole „C-Klasse bleibt!“?

Nach wie vor hängt hier jeder sechste Arbeitsplatz am Auto. Genau wie die extreme Exportorientierung erweist sich das jetzt als eine Achillesferse der Region. Trotzdem hängt von diesen Arbeitsplätzen heute noch die Existenz der KollegInnen und ihrer Familien ab. Wer die notwendigen Veränderungen, weg von der Auto-Mono-Struktur, und eine andere Verkehrspolitik durchsetzen will, kann das nicht ohne ihre politische Unterstützung schaffen.

Und wie soll man die kriegen?

Eine ganz leichte Übung ist das natürlich nicht. Um die Beschäftigten für den Umbau einer ganzen Branche, orientiert an sozialen und ökologischen Bedürfnissen, gewinnen und mobilisieren zu können, muss man bereit sein, sie dort abzuholen, wo sie heute stehen. Man darf ihre Lohn- und Lebensbedürfnisse nicht ignorieren. Dafür ist auch eine radikale Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich zwingend notwendig. Und Nachdenken über und Bereitschaft zur Veränderung entsteht am ehesten, wenn Menschen in Bewegung sind, und sei's unter der Parole „C-Klasse bleibt!“.

Das Ergebnis der Aktionen ist jetzt aber doch nicht, dass die C-Klasse bleibt ...

Stimmt. Die Sindelfinger Vereinbarung schließt zwar betriebsbedingte Kündigungen in Sindelfingen bis 2019 aus. „Wasserdicht“ ist sie aber nur dann, wenn die Absatzplanungen des Vorstands tatsächlich eintreffen. Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen heißt auch ganz und gar nicht, dass Arbeitsplatzabbau ausgeschlossen wäre. Der wird ganz massiv weitergehen, nicht

bloß in Sindelfingen. Und zwar deshalb, weil die Auto- und Zulieferkonzerne ihre Renditeerwartungen erst dann realisieren können, wenn die aufgebauten Überkapazitäten wieder vernichtet werden. Deshalb wäre eine Ausweitung der Auseinandersetzung der richtige Weg gewesen.



„Ausweitung der Auseinandersetzung“ – wohin sollte die führen?

Selten war die Kampfbereitschaft der Daimler-Belegschaften so hoch. Da wäre noch mehr Mobilisierung drin gewesen. Und gleichzeitig schwelen in anderen Metallbetrieben wie Mahle, Kühler-Behr oder KBA Konflikte gegen Arbeitsplatzvernichtung. Daraus hätte eine regionale Bewegung entwickelt werden können. Das wäre der beste Nährboden für die Debatte über den nötigen öko-sozialen Umbau unserer Industrieregion! Die Gelegenheit ist erst mal verpasst. Doch die nächste wird kommen, so sicher wie die nächsten Angriffe auf die Arbeitsplätze. Und dafür haben sehr viele KollegInnen im Dezember wertvolle Erfahrungen gesammelt. |pk|

Familienfreundlichkeit aus Stuttgart: Das Zeit Magazin zum Familienporsche für 100.000 Euro

„So viel Autobaukunst, Start-Stopp-Automatik, Leichtbau... Würde Porsche all das doch für und nicht gegen die Umwelt einsetzen. So aber stand da in unserer Straße ein Produkt aus der Zeit, als sich das Klima noch mit der Automatik steuern ließ. Ein Auto wie ein letztes Winken der Industriegesellschaft. Fast perfekt. Hocheffizient. Und doch eine Klimakatastrophe auf vier extrem breiten Rädern.“
|DIE ZEIT 48/2009|

Werkrealschule: Probleme müssen gelöst werden

– aber eine wirkliche Bildungs-Chance für alle SchülerInnen sieht anders aus



Sabine Wassmer,
Vorsitzende des
Gesamtelternbeirats der
Stuttgarter Schulen

Interview mit Sabine Wassmer geführt von Ulrike Küstler.

Ulrike Küstler: Ist die Werkrealschule ein zukunftsweisendes Konzept für die Schulbildung?

Sabine Wassmer: Auf diese Art und Weise versucht das Kultusministerium den Schülerschwund in den Hauptschulen zu stoppen. Das wird aber nicht gelingen.

Was kritisieren Sie konkret an der Werkrealschule?

Ganz grundsätzlich halte ich es für wichtig, dass alle Jugendlichen ein zehntes Schuljahr machen können. Erst dann haben sie eine gewisse Reife, um sich für Weiteres zu entscheiden. Viele kommen dann aus dem „Pubertätsloch“ und könnten noch mal durchstarten. Bisher sah es so aus, dass Jugendliche nach der neunten Klasse einen Hauptschulabschluss machten und ein Erfolgserlebnis hatten. Jetzt machen sie an der Werkrealschule den Hauptschulabschluss, den Abschluss für diejenigen, die die schlechteren Noten haben – und noch weniger Chance auf einen Anschluss im Beruf oder in weiterführenden Schule. Mit 15 stehen sie da, und über 90 Prozent der Ausbildungsbetriebe wollen keine Azubis unter 16.

Wie sollte es stattdessen sein?

Wir wünschen uns ein Schulsystem, in dem Kinder ohne frühzeitige Selektion gemeinsam und angstfrei lernen können. Wichtig ist die individuelle Förderung jedes Kindes entsprechend seiner Fähigkeiten und Begabungen. Die Kinder und Jugendlichen stärken sich dann gegenseitig.

Wie beurteilen Sie die Umsetzung des Kumi-Beschlusses in Stuttgart?

Es gibt eine rein quantitative Vorgabe für die Zulassung einer Hauptschule zur Werkrealschule müssen mindestens zwei Klassen pro Jahrgang vorhanden sein (stabile Zweizügigkeit). Qualitätskriterien wie Einbindung in den Stadtteil oder gute Schul-Konzepte spielen keine Rolle, obwohl überall von Qualität in der Bildung die Rede ist. Der Bildungsplan wird für die Hauptschule und die neue Werkrealschule gleich sein, um die Durchlässigkeit zwischen den beiden Schularten zu gewährleisten. Ab Klasse acht gibt es in der Werkrealschule drei Wahlpflichtfächer, und ab Klasse zehn werden Teile des Unterrichts an einer Berufsfachschule erteilt. Für die Klas-

sen fünf, sechs und sieben können also Eltern ihre Kinder auf einer Werkrealschule anmelden. Die Schülerinnen und Schüler, die kommendes Schuljahr in die achte Klasse kommen, müssen auf eine Werkrealschule wechseln, damit sie diesen Abschluss machen können. Die der jetzigen Klasse acht können nicht wechseln. Sie schließen auf ihrer bisherigen Hauptschule ab. Das Gleiche gilt auch für die Schülerinnen und Schüler der alten Werkrealschule.

Was bedeutet das für die Stuttgarter Hauptschulen?

Das Problem in Stuttgart ist, dass anhand dieser Vorgaben durch die Stadt nur 19 Hauptschulen überhaupt beantragt werden konnten. Für die anderen 15 heißt das, dass im laufenden Betrieb eine Lösung gesucht werden muss. Die Werkrealschule ist eine Wahlschule. Man muss nicht – wie bisher bei der Hauptschule – im Schulbezirk bleiben. Bei den noch nicht beantragten Hauptschulen besteht natürlich die Angst, dass es zu einer Abstimmung mit den Füßen kommt. Das heißt, Schüler und Schülerinnen mit der Empfehlung Hauptschule/Werkrealschule wandern gleich ab auf eine zweizügige Werkrealschule, aber auch die jetzigen Klassenstufen fünf, sechs und sieben könnten wechseln. Insofern ist das tatsächlich eine Bedrohung für die verbleibenden Hauptschulen. So hat der ganze Filderbereich (Plieningen, Möhringen, Degerloch) sowie Weilimdorf keine zweizügige Hauptschule. Es gibt aber die Möglichkeit, dass einzügige Hauptschulen kooperieren. In der anstehenden Schulentwicklungsplanung sollten auf jeden Fall alle Beteiligten – Schule, Eltern, Sozialarbeiter, Bezirksbeiräte, ortsansässige Firmen und Vereine, Ehrenamtliche – mit einbezogen werden.

Was bedeutet eine Schule im Stadtbezirk oder welche Folgen kann die Schließung einer Schule im Stadtbezirk haben?

Die Schule bindet Leben und Strukturen an den Ort. Wo eine Schule ist, findet ehrenamtliche Arbeit statt, gibt es vielfältige Angebote, die mit der Schule verschwinden. Für Haushalte mit geringem Einkommen bedeutet die Verlagerung von Schulen eine zusätzliche finanzielle Belastung, weil sie eine Fahrkarte für Bus und Bahn finanzieren müssen. Es gibt aber auch zunehmend Familien, die dort hinziehen, wo passende Schulen für ihre Kinder sind.

Was wäre denn dann eine Perspektive für die Zukunft?

In jedem Stadtteil sollte ein Schulstandort mit allen Schularten existieren,

an dem alle Kinder mindestens 10 Schuljahre besuchen und individuell nach ihren Stärken gefördert und unterstützt werden. Das würde auch den Wunsch nach Durchlässigkeit stärken und die Kooperationsmöglichkeiten der Schulen untereinander und mit weiteren Institutionen ausweiten. |ulkl|

Was ist das?

Hauptschule:
Eine allgemeinbildende weiterführende Schule, früher die Oberstufe der Volksschule. Sie schließt nach Klasse neun mit dem Hauptschulabschluss ab und ist eine Pflichtschule für die Kinder im Schulbezirk, die nicht auf die Realschule oder das Gymnasium dürfen. Der Bildungsauftrag der Hauptschule ist vorrangig die Berufsreife der Schüler/-innen. Hauptschulen gibt es nur noch in acht Bundesländern.

Werkrealschule:
Eine Sonderform der Hauptschule, in der in einem freiwilligen zehnten Schuljahr die Mittlere Reife erworben werden kann. Sie ist eine Wahlschule, man muss nicht im Schulbezirk bleiben. In der siebten Klasse erhalten begabte Schülerinnen mit überdurchschnittlichen Noten eine entsprechende Schulempfehlung. Ab Klasse acht gibt es drei Wahlpflichtfächer: „Natur und Technik“, „Wirtschaft und Informationstechnik“ oder „Gesundheit und Soziales“. In der zehnten Klasse sind die Kinder zwei Tage in der Werkrealschule und drei Tage in einer Berufsfachschule der entsprechenden Fachrichtung. Damit eine Hauptschule zur Werkrealschule werden kann, muss sie zweizügig sein, mit nur einer Klasse pro Jahrgang geht es nicht. In Stuttgart haben der ganze Filderbereich (Plieningen, Möhringen, Degerloch) sowie Weilimdorf keine zweizügige Hauptschule. In Zukunft können Eltern ihre Kinder schon ab dem fünften Schuljahr in einer Werkrealschule anmelden. Die Städte und Gemeinden müssen dieses Bildungskonzept des Landes umsetzen, d.h. die entsprechenden Werkrealschulen einrichten. |ulkl|

Breuninger entsorgt ehemalige Gestapozentrale „Hotel Silber“

Nach zahlreichen vergeblichen Versuchen, mit Herrn van Agtmael von der Firma Breuninger zu sprechen, wendet sich die Initiative Gedenkort „Hotel Silber“



Aktion am 05.06.2009

Silber“ am 19. Dezember 2009 nun an die Öffentlichkeit. Im offenen Brief heißt es u.a.: „Die Firma Breuninger hat vor, im Rahmen des so genannten DaVinci-Projektes das Gebäude Dorotheenstraße 10 abreißen zu lassen, um Platz zu schaffen für ein Nobelhotel und ein weiteres Einkaufszentrum. Den städtebaulichen Sinn oder Unsinn dieses Vorhabens wollen wir dahingestellt sein lassen. Eines steht jedoch fest: mit diesem Schritt würde die ehemalige Gestapozentrale, der zentrale Stuttgarter Tatort des NS-Terrors „zynisch entsorgt“, wie dies die „Frankfurter Rundschau“ beschrieb. Das Gebäude Dorotheenstraße 10 muss erhalten werden, als Gedenkort, als

Lernort, als Forschungsort. Hier soll nach Kölner, Berliner, Nürnberger, Dresdner und Münchner Vorbild das längst überfällige Stuttgarter und Württemberger NS-Dokumentationszentrum entstehen.“

Die Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE ist ebenfalls der Meinung, dass die Aufarbeitung der Stuttgarter NS-Geschichte eine öffentliche Aufgabe ist und dass sich Stadt, Land und lokale Firmen für diese Aufgabe engagieren müssen. Wir wollen, dass der Stadtrat sich mit dieser Seite von DaVinci auseinandersetzt und werden weitere öffentliche Aktionen unterstützen. | ulk |

Mobilfunkmasten

Regelungen zur Minimierung der Strahlenbelastung gefordert

Der Protest und die Aufklärung in Stuttgart gegen den Antennenwüchsst mit Mobilfunkmasten weiten sich aus:

- Die Bezirksbeiräte West und Süd forderten im Dezember in einstimmigen Beschlüssen u.a. einen Ausbaustopp für Mobilfunkmasten und zur Strahlenminimierung eine Netzplanung durch die Stadt.
- Einstimmig lehnte der Senat der Kunstakademie einen neuen Masten ab.

- Die Standortgenehmigung des geplanten Mastes in der Rötestraße 34 wurde nach Einspruch eines Nachbarn aufgehoben, weil Sicherheitsabstände nicht eingehalten werden.
- Der Mast im Stadtteil Kaltental neben der Jugendfarm darf nach einem Einspruch vorläufig nicht gebaut werden. O2 schreibt in einem Gerichtspapier, dass in Kaltental sich Hausbesitzer mit Verweis auf die Bürgerinitiative weigern, an O2 zu vermieten und die kath. Kirche hat dort einen Vertrag gekündigt. | hdl |



Termine

- Montagsdemo gegen Stuttgart 21 jeden Montag, 18.00 - 18.30 Uhr Hauptbahnhof, Nordausgang
- **22. Februar 2010, 19.00 Uhr** Offene Fraktionssitzung von SÖS und LINKE, Rathaus
Thema: Werkrealschule
- **25. Februar 2010, 18.00 Uhr** Offene Aussprache Hotel Silber mittlerer Sitzungssaal, Rathaus
- **22. März 2010, 19.00 Uhr** Offene Fraktionssitzung von SÖS und LINKE, Rathaus
Thema: Jobcenter

Ansprechpartner

- Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender
Tel.: 0711 216-1950
- Ulrike Küstler
stellv. Fraktionsvorsitzende
Tel.: 0711 216-2705
- Geschäftsstelle im Rathaus
Zimmer 15 im Erdgeschoss
Tel.: 0711 216-1527, Fax: - 6840
E-Mail: soesundlinke@stuttgart.de

Planung ignoriert Anwohner

Neue Polizeiwache Gutenbergstraße

25 Anwohner aus der Gutenbergstraße waren beim Bezirksbeirat am 24.01.2010. Das Land konfrontierte sie mit dem geplanten Umzug des Reviers Gutenbergstraße in das Gebäude des alten Finanzgerichts und mit Beeinträchtigungen, die nicht akzeptabel sind:

- Die bisherige Einfahrt in den begrünten Innenhof dürfen sie nicht mehr nutzen, nur noch die Polizei.
- Eine eigene Einfahrt für die Anwohner sei nur möglich, wenn die Grünanlagen beseitigt werden.

- Stellplätze fallen für die Nutzung durch die Polizei weg.
- Die Lärmbelästigung durch den ständigen Einsatzverkehr der Polizei wird ihnen einfach zugemutet, eine Tiefgarage wurde aus Kostengründen nicht geplant.
- Der TETRA-Funkmast auf dem Revier wird eine zusätzliche Strahlenbelastung bringen, von den Behörden wird dieses Thema verharmlost.

Die Anwohner bestehen auf Alternativen, um ihre Wohnqualität zu erhalten, der Bezirksbeirat unterstützt sie darin. Das Land kann diese Planungen nicht aufrechterhalten. | hp |

Impressum

Stadt. Plan, Zeitung der Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE im Stuttgarter Stadtrat, mit Gastbeiträgen aus Initiativen und von ehrenamtlich Tätigen.

Vi.S.d.P. Hannes Rockenbauch

Redaktionsadresse:

Fraktionsgemeinschaft SÖS und LINKE,
Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart,
www.stuttgart.de/soesundlinke

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier